

P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft
der Stadt Georgsmarienhütte vom 05.12.2016
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Osnabrück, Raum-Nr. 173,

Anwesend:

Vorsitzender

Hebbelmann, Udo

Mitglieder

Selige, Dieter

Averdiek, Andre

Beermann, Volker

ab TOP 8 für Jantos, Annette

Dälken, Martin

Dierker, Heinz

Jantos, Annette

bis TOP 7

Müller, Arne

Pesch, Karl-Heinz

für Gröne, Christoph

Springmeier, Wolfgang

Trimpe-Rüschemeyer, Heinrich

Welkener, Jörg

für Schmechel, Peter

Verwaltung

Pohlmann, Ansgar

Plogmann, Karl-Heinz

Wolf, Andreas

Kröner, Jörn

Krüger, Nele

Protokollführer/in

Baller, Jutta

Fehlende Mitglieder

Gröne, Christoph

Schmechel, Peter

Zuhörer/Zuhörerin

Bahlo, Dagmar

zeitweise

Lorenz, Robert

zeitweise

Wenzel, Rüdiger (Behindertenbeirat)

Poggemann, Walter (Behindertenbeirat)

zeitweise

Presse

Elbers, Wolfgang

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:25 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
2.1.	Prüfungen des Rechnungsprüfungsamtes
2.2.	Antrag zum Haushalt 2017 (Haus Ohrbeck)
2.3.	NLG-Verfahren
3.	Berichtswesen 30.09.2016 - Bericht über die finanzielle Lage der Stadt Vorlage: MV/047/2016
4.	Informationen der Stabsstelle Wirtschaftsförderung für (neue) Ratsmitglieder zum Thema Einzelhandel und Zentrenentwicklung - mündlicher Vortrag
5.	Beteiligungsbericht 2016 Vorlage: MV/035/2016
6.	Änderungen des Umsatzsteuergesetzes - Optionserklärung gemäß § 27 Abs. 22 S. 3 UStG Vorlage: MV/039/2016
7.	Sportförderung 2016 - Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe Vorlage: BV/219/2016
8.	Ausschreibungsmanagement - mündlicher Bericht
9.	Umbau Erdgeschoss Rathaus - mündlicher Sachstandsbericht
10.	Entwurf des Haushaltsplans 2017 - Gesamthaushalt Vorlage: MV/048/2016
11.	Absehbare Veränderungen zum Stellenplan für das Jahr 2017 Vorlage: MV/050/2016
12.	Beantwortung von Anfragen
13.	Anfragen

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Hebbelmann eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Einwohnerinnen und Einwohner sind zu Beginn der Sitzung nicht anwesend.

2. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

2.1. Prüfungen des Rechnungsprüfungsamtes

a) Ferienpassaktionen 2015 und 2016

Alle Aufwendungen und Erträge aus dem Bereich „Ferienpassaktionen“ sind für die Jahre 2015 und 2016 vom Rechnungsprüfungsamt geprüft worden. Das RPA bescheinigt die Ordnungsmäßigkeit aller Belege, aller Buchungen und der zwischenzeitlich ausgezahlten Handvorschüsse. Die ordnungsgemäße Verwendung der Erträge und Aufwendungen wird vom RPA bestätigt.

b) örtliche Kassenprüfung der Stadtkasse

Am 14. November 2016 hat das RPA die Stadtkasse im Hause umfassend geprüft. Das Ergebnis der Prüfung wird im vorliegenden Bericht wie folgt zusammengefasst:

„Die Kassengeschäfte werden ordnungsgemäß und wirtschaftlich erledigt. Es ergaben sich keine Beanstandungen.“

2.2. Antrag zum Haushalt 2017 (Haus Ohrbeck)

Am vergangenen Freitag (02.12.2016) ging im Rathaus der Antrag auf Bezuschussung einer Baumaßnahme der kath. Bildungsstätte Haus Ohrbeck ein. Die staatlich anerkannte Heimvolkshochschule hat in ihren Kursen jährlich rd. 12.000 Teilnehmer/innen.

In den vergangenen Jahren hat es durchschnittlich fünf bis sechs Wasserrohrbrüche gegeben. Deshalb sollen nun die Wasserleitungsstränge in den Wänden ausgetauscht werden. Zudem bedürfen 15 Bäder, die Mitte der 70er Jahre installiert wurden, nach vier Jahrzehnten durchgängiger Nutzung einer grundlegenden Renovierung.

Das Haus kalkuliert den Finanzierungsbedarf auf rd. 237.700 €. An Eigenmittel können laut Antrag 25.700 € erbracht werden, ein Zuschuss der kath. Soldatenseelsorge von 20.000 € ist bereits bewilligt. Zur Deckung der verbleibenden 192.000 € beantragt das Haus Ohrbeck von 4 Institutionen jeweils 48.000 € als Zuschuss. Hierzu gehören das Bistum Osnabrück, der Deutsche Franziskanerorden, der Landkreis Osnabrück und die Stadt Georgsmarienhütte.

Der Antrag, über den politisch zu beraten sein wird, wird dem Protokoll der heutigen Sitzung als Anlage beigefügt.

2.3. NLG-Verfahren

a) Verfahrensübersichten

Die Aufarbeitung der Verfahrensblätter nach dem mit der Politik abgestimmten Muster läuft aktuell noch. Die Verfahrensstände sind bereits dargestellt worden und wurden vom Finanzausschuss, vom VA und vom Rat zur Kenntnis genommen. Offen geblieben sind noch die detaillierten Entwicklungen aus 2014 und 2015 in Form der Verfahrensblätter.

Die damit beschäftigte Mitarbeiterin wird Ende Januar 2017 in Mutterschutz gehen. Die Verfahrensblätter will sie bis dahin erstellt haben. Somit dürfte für die Sitzung des Finanzausschusses im Februar 2017 das Thema NLG-Verfahrensübersichten fest gesetzt sein.

b) Zwischenfinanzierungen

Aktuell hat die Stadt GMH noch 4,7 Mio. € an liquiden Mitteln zur Zwischenfinanzierung und Vermeidung von Zinsen zur NLG gegeben.

Aufgrund der Grundstücksverkäufe in den Baugebieten und der wohl erst 2018 daraus zu finanzierenden Endausbauten kann eine Zwischenfinanzierung jetzt auch zum Teil innerhalb der NLG-Verfahren dargestellt werden.

Eine Teilsumme von 1,7 Mio. € wird deshalb kurzfristig von der NLG abgerufen und wieder auf das städt. Konto überführt. Danach verbleiben noch 3,0 Mio. € aus städt. Mitteln bei der NLG.

3. Berichtswesen 30.09.2016 - Bericht über die finanzielle Lage der Stadt Vorlage: MV/047/2016

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Vorlage sowie auf den vorliegenden Finanzbericht zum Stichtag 30.09.2016 wird verwiesen.

Erster Stadtrat Plogmann erklärt, in der Vergangenheit sei zu den Stichtagen des Berichtswesens immer ein sehr detaillierter Bericht vorgelegt worden, in dem sämtliche Teilhaushalte einzeln dargestellt worden seien. Mit dem nun zum Stichtag 30.09.2016 vorgelegten Berichtswesen erfolge eine komprimiertere Darstellung, d.h. es werden nur die wesentlichen Veränderungen im Ergebnishaushalt und im Investitionsbereich dargestellt und erläutert.

Für den Ergebnishaushalt 2016 werde nach derzeitiger Prognose ein Fehlbetrag in Höhe von rd. 1,05 Mio. € und damit eine Verbesserung gegenüber Plan in Höhe von rd. 2 Mio. € erwartet. Die Gewerbesteuererträge betragen aktuell 19,95 Mio. €.

Der Saldo aus Investitionstätigkeit werde sich voraussichtlich um rd. 2,4 Mio. € verbessern, so dass die geplante Kreditermächtigung nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen werden müsse.

Auf Anfrage von Ratsmitglied Jantos nach dem Stand der noch abzurechnenden Straßenausbaubeiträge wird erklärt, dass die Bescheide für die Maßnahme „Siedlung Dörenberg“ versandt worden seien. Ob diese Beträge noch komplett in diesem Jahr kassenwirksam werden, müsse abgewartet werden, zumal die betroffenen Anlieger die Festsetzungen rechtlich überprüfen lassen wollen.

Die noch abzurechnenden Beiträge für die Maßnahme Falkenstraße seien für 2017 und 2018 veranschlagt.

Auf eine weitere Anfrage von Ratsmitglied Jantos zur Einrichtung des Bürgerbusses antwortet Bürgermeister Pohlmann, dass in der Kalkulation der Haushaltsansätze für 2016 zwar die Einrichtung eines Bürgerbusses enthalten gewesen sei, dass für die Umsetzung,

die aus seiner Sicht zwingend ehrenamtlich organisiert werden müsse, bisher jedoch nicht genügend Ehrenamtliche zur Verfügung stehen.

**4. Informationen der Stabsstelle Wirtschaftsförderung für
(neue) Ratsmitglieder zum Thema Einzelhandel und
Zentrenentwicklung
- mündlicher Vortrag**

Der Leiter der Stabsstelle für Rechtswesen und Wirtschaftsförderung, Herr Wolf, informiert anhand einer Präsentation zum Thema Einzelhandel und Zentrenentwicklung (sh. Anlage). Er stellt dabei den Auszug eines Vortrags von Frau Gebert (Projektleiterin bei Dr. Lademann & Partner, Gesellschaft für Unternehmens- und Kommunalberatung mbh) zu den Auswirkungen des Onlinehandels vor. Insbesondere Mittelzentren wie Georgsmarienhütte geraten von zwei Seiten unter Druck, nämlich einerseits durch die dominanten Oberzentren, die auf Erlebnisinkauf setzen, und andererseits durch den zunehmenden Online-Handel. Während für Oberzentren bis zum Jahr 2024 eine stabile Entwicklung des stationären Einzelhandels erwartet werde, werden Grund- und Mittelzentren ein Viertel des Umsatzes verlieren, wobei Mittelzentren deutlich stärker betroffen sein werden als Grundzentren. Um der Gefahr einer Rückentwicklung zu begegnen sei es für Mittelzentren wichtig, Chancen und Voraussetzungen für eine positive Entwicklung zu schaffen, wie z.B. eine leistungsfähige Verkehrserschließung, Stellplatzausstattung und Weiterentwicklung des Angebots. Neben dem Onlinehandel werden weitere Probleme der Mittelzentren dargestellt, wie z.B. die mangelnde Verfügbarkeit größerer Ladenflächen in den Innenstädten, die Altersnachfolgeproblematik, die uneinheitlichen Öffnungszeiten und die starre Haltung der Immobilieneigentümer hinsichtlich des Mietniveaus.

Nachfolgend stellt Herr Wolf Auszüge aus dem in 2008 erstellten und 2012 fortgeschriebenen Einzelhandelskonzept der Stadt Georgsmarienhütte vor. Dabei werden u.a. Informationen zu einzelhandelsrelevanten Kaufkraftpotenzialen, zur Situation der wohnungsnahen Grundversorgung sowie zur Umsatz-Kaufkraft-Relation des kurzfristigen, mittelfristigen und des langfristigen Bedarfs gegeben. Dabei wird deutlich, dass Georgsmarienhütte ein Mittelzentrum ist, das es trotz der Nähe zu Osnabrück schafft, mehr Kaufkraft als die der eigenen Bevölkerung zu binden. Es bestehe die Herausforderung, diese Kaufkraftbindung trotz des steigenden Onlinehandels zu halten.

Ausschussvorsitzender Hebbelmann dankt im Namen des Ausschusses für die Informationen.

Ratsmitglied Dälken weist darauf hin, dass Georgsmarienhütte im Vergleich zu anderen Umlandgemeinden gut dastehe, was seiner Ansicht nach insbesondere auf das tolle Stadtmarketing und die gut funktionierende Werbegemeinschaft unter Einbeziehung der Hauseigentümer zurückzuführen sei. Man müsse sich nun intensiv über die Zentrenentwicklung Gedanken machen und daran arbeiten, dass die Situation positiv bleibe.

Ratsmitglied Selige erklärt, es gebe eine Reihe von Faktoren, die zu der Qualitätsstufe beitragen, hier insbesondere ein gutes Parkplatzangebot. Er fragt an, welche Möglichkeiten gesehen werden, das Nahversorgungsangebot in den Stadtteilen Alt-GMHütte, Holzhausen und Kloster Oesede zu sichern.

Herr Wolf erklärt, hier werden die Einflussmöglichkeiten der öffentlichen Hand häufig überschätzt. Seitens der Interessenten wird der Stadtteil Oesede eher als attraktiv aufgefasst, die anderen Stadtteillagen jedoch nicht. Hier sollte daher mehr auf Dienstleistungsangebote wie, z.B. Cafés, Frisöre oder auch Pflegeeinrichtungen gesetzt werden.

Bürgermeister Pohlmann ergänzt, bei der Ansiedlung stelle die mangelnde Bereitschaft der Eigentümer, auf Vermittlungsangebote einzugehen, ein Problem dar. Aufgabe der Stadt sei

es, die erforderlichen Rahmenbedingungen, wie z.B. ein ausreichendes Parkplatzangebot zu schaffen. Die Wiederbelebung des Einzelhandels in den Randlagen sei jedoch schwierig.

Ratsmitglied Jantos erklärt, die Stadt sei gefordert, den Hinterhofcharakter des Stadtplatzes zu beseitigen und den Platz attraktiv zu gestalten. Traurig sei auch, dass im Oeseder Zentrum eine höherwertige Gastronomie fehle.

Zu dem vorliegenden „City-Guide“ merkt Ratsmitglied Averdiek an, dieser sei zwar gut gemacht, berge aber die Gefahr, dass Kaufkraft aus den anderen Stadtteilen abgezogen werde.

Hierzu erwidert Herr Wolf, Ziel des City-Guides sei es, insbesondere in den Umlandkommunen auf Georgsmarienhütte aufmerksam zu machen. Daher werde dieser in den Nachbarkommunen und wegen seiner häufigen Orientierung nach Osnabrück auch im Stadtteil Holzhausen verteilt.

Zur Situation der Hindenburgstraße erklärt Ratsmitglied Springmeier, dass hier eine Wiederbelebung aussichtslos sei, da insbesondere aufgrund utopischer Preisvorstellungen der Eigentümer die Situation für kleinere Geschäfte immer schwieriger werde.

5. Beteiligungsbericht 2016 **Vorlage: MV/035/2016**

Erster Stadtrat Plogmann weist darauf hin, dass es sich bei dem vorliegenden Beteiligungsbericht um einen Pflichtbericht handelt, der Daten und Informationen zu den Tochter- und Enkelbeteiligungen der Stadt bezogen auf das Jahr 2015 enthält.

6. Änderungen des Umsatzsteuergesetzes - **Optionserklärung gemäß § 27 Abs. 22 S. 3 UStG** **Vorlage: MV/039/2016**

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Mitteilungsvorlage wird verwiesen.

Erster Stadtrat Plogmann trägt vor, nach den bisherigen Regelungen waren die Kommunen nur im Rahmen gewerblicher Tätigkeit umsatzsteuerpflichtig. Da diese bisherigen Regelungen jedoch nicht dem europäischen Gemeinschaftsrecht und der neueren Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes entsprechen, wurde die Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand in Deutschland neu geregelt. Juristische Personen des öffentlichen Rechts sind jetzt unternehmerisch tätig und damit umsatzsteuerpflichtig, sobald sie Leistungen auf privatrechtlicher Grundlage oder im Wettbewerb mit privaten Dritten erbringen. Für das neue Recht gilt eine Übergangsregelung bis zum Jahr 2021. Danach kann bis zum 31.12.2016 gegenüber dem Finanzamt erklärt werden, dass für bis zum 01.01.2021 ausgeführte Leistungen weiterhin „altes“ Recht gelten soll (Optionserklärung). Von dieser Möglichkeit wurde seitens der Stadt Georgsmarienhütte Gebrauch gemacht. Es muss nun eine Bestandsaufnahme erfolgen, bei der zu prüfen ist, welche Betätigungen zukünftig unter die umsatzsteuerliche Neuregelung fallen.

Aus der Mitte des Ausschusses wird kritisiert, dass mit dieser Neuregelung interkommunale Zusammenarbeit erschwert und ein hoher Verwaltungsaufwand geschaffen werde.

7. Sportförderung 2016 - Genehmigung einer **überplanmäßigen Ausgabe** **Vorlage: BV/219/2016**

Im Ausschuss für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport am 24.11.2016 wurde der Beschlussvorschlag einstimmig angenommen.

Erster Stadtrat Plogmann weist darauf hin, dass die Deckung nicht aus allgemeinen Finanzierungsmitteln erfolgen müsse, sondern dass das Budget des Fachbereichs III eine Deckung in der genannten Größenordnung zulasse.

Folgender Beschluss wird gefasst:

Die überplanmäßige Ausgabe für die Sportförderung 2016 in Höhe von 15.000 € im Ergebnishaushalt wird genehmigt. Die Deckung erfolgt aus den allgemeinen Deckungsmitteln der Stadt Georgsmarienhütte bzw. aus dem Budget des Fachbereichs III.

8. Ausschreibungsmanagement - mündlicher Bericht

Ausschussvorsitzender Hebbelmann weist darauf hin, dass das Thema Ausschreibungsmanagement in der Ratssitzung am 15.09.2016 bereits intensiv diskutiert worden sei.

Bürgermeister Pohlmann erklärt, nach seiner Vorstellung solle zum Thema Ausschreibungsmanagement ein Handlungsrahmen geschaffen werden. Er habe jedoch noch nicht die Gelegenheit gehabt, seine Überlegungen im Hause intensiv zu besprechen, so dass er darum bitte, das Thema inhaltlich zu vertagen. Zu einem späteren Zeitpunkt werde dann hierzu ein Gesamtpapier vorgelegt werden.

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft erklären sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

9. Umbau Erdgeschoss Rathaus - mündlicher Sachstandsbericht

Erster Stadtrat Plogmann gibt einen Sachstandsbericht zum Umbau der Erdgeschossflächen im Rathaus.

Wie schon mit der Vorlage zum Kauf der Erdgeschossflächen mitgeteilt, sei die Unterbringung der KFZ-Zulassungsstelle und eines Sitzungsraums in der infolge des Auszugs des Jibi-Marktes frei gewordenen Teilfläche des Erdgeschosses beabsichtigt. In diesem Zuge sei ursprünglich vereinbart gewesen, den hinteren Teil des NKD-Marktes abzutrennen und stattdessen die Fläche des ehemaligen Papiermarktes dem NKD-Markt zusätzlich zu überlassen. Das Problem hierbei sei aber, dass zwischen dem NKD-Markt und dem ehemaligen Papiermarkt ein Höhenunterschied von ca. 25 cm bestehe, der nur durch zwei Stufen ausgeglichen werden könne. NKD habe seinerzeit dem Neuzuschnitt der Verkaufsfläche trotz dieser Gegebenheiten zugestimmt; inzwischen halte NKD eine Abstufung innerhalb des Geschäftes nicht mehr für akzeptabel. Deshalb habe man sich einvernehmlich auf eine Kündigung des Mietvertrages durch die Stadt geeinigt. Es bestehe daher nun wieder die Möglichkeit, die (verkleinerte) Fläche des NKD-Marktes sowie die Fläche des ehemaligen Papiermarktes als separate Einheiten zu vermarkten.

Erster Stadtrat Plogmann weist darauf hin, dass das Problem des Höhenversatzes über die gesamte Erdgeschossfläche gegeben sei und bei den Umbauplanungen entsprechend

berücksichtigt werden müsse. Die Architektenpläne zum Umbau werden bis zu den Haushaltsklausuren vorliegen und dann der Politik vorgestellt werden.

Ratsmitglied Selige bittet darum, die Politik regelmäßig über den Fortgang der Planungen zu unterrichten und die Ratsmitglieder bei Entscheidungen über die Ausstattung (z.B. Bestuhlung der Sitzungsräume) mit einzubeziehen.

10. Entwurf des Haushaltsplans 2017 - Gesamthaushalt

Vorlage: MV/048/2016

Erster Stadtrat Plogmann erläutert anhand einer Präsentation (sh. Anlage) die wichtigsten Eckpunkte zum Haushaltsentwurf 2017, der seit Freitag, 02.12.2016, für alle Ratsmitglieder in den Fraktionsräumen bereit liegt.

Nach derzeitigen Planungen belaufe sich der Fehlbedarf im Ergebnishaushalt 2017 auf rd. 1,68 Mio. €. Die Gewerbesteuererträge seien für 2017 mit 19 Mio. € veranschlagt. Mit rd. 37,6 Mio. € seien fast 70 % für nicht direkt beeinflussbare Aufwendungen wie Umlagen (Kreisumlage, Gewerbesteuerumlage, Entschuldungsumlage), Zinsen, Abschreibungen und Personal einzuplanen. Die übrigen rd. 17,5 Mio. € an Aufwendungen verteilen sich auf verschiedene Bereiche, wie z.B. die Unterhaltung und Bewirtschaftung des städtischen Vermögens sowie Zuschüsse an Dritte, insbesondere Kindertagesstätten.

Die Überschussrücklage, die keine liquiden Mittel, sondern einen aus Jahresüberschüssen des Ergebnishaushalts entstandenen Buchwert darstellt, weise unter Berücksichtigung des vorläufigen Jahresergebnisses 2015 einen Bestand von rd. 17,5 Mio. € aus. Die für 2016 bis 2020 prognostizierten Fehlbeträge können durch diese Überschussrücklage gedeckt werden, so dass während dieses Zeitraums keine Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes bestehe. Die Rücklage werde nach derzeitigen Planungen bis zum Jahresende 2020 noch einen Bestand von rd. 8 Mio. € ausweisen.

Anders stelle sich dahingegen die Situation bei den liquiden Mitteln dar. Mit den hauptsächlich durch Gewerbesteuern in den Jahren 2010 bis 2013 entstandenen hohen Zahlungseingängen konnten in den vergangenen Jahren nicht nur die Auszahlungen für laufende Verwaltungstätigkeit und die Tilgungsleistungen, sondern auch sämtliche bis 2015 getätigte Investitionen aus eigener Liquidität und damit ohne Kreditaufnahme finanziert werden. Im Jahr 2016 sei der Finanzmittelbestand aber soweit abgeschmolzen, dass wieder hohe Kreditaufnahmen zur Finanzierung von Investitionen erforderlich seien. Nach derzeitigen Planungen ergebe sich für 2017 eine Nettoneuverschuldung in Höhe von 7,5 Mio. €.

Erster Stadtrat Plogmann stellt nachfolgend die derzeit für das Jahr 2017 veranschlagten größeren Investitionsvorhaben kurz vor. Er weist darauf hin, dass für den Umbau des Rathauses weitere 850.000 € für gegenüber den bisherigen Planungen zusätzliche Leistungen, wie z. B. Belüftungstechnik, eingeplant seien. Details hierzu werden in den Mitte Januar stattfindenden Haushaltsklausuren erläutert.

Aus dem Ausschuss wird hierzu angemerkt, bei den Investitionen in Zusammenhang mit dem Kauf und Umbau der Erdgeschossflächen des Rathauses müsse die Wirtschaftlichkeit beachtet werden. Auch hierzu solle in den Haushaltsklausuren eine Darstellung erfolgen.

Ratsmitglied Trimpe-Rüschemeyer erklärt, Georgsmarienhütte sei keine arme Stadt und Dinge, die gemacht werden müssen, sollten nicht auf die lange Bank geschoben werden. Er erkundigt sich, ob zur Finanzierung städtischer Maßnahmen auch eine Entnahme von Mitteln aus dem Eigenbetrieb möglich sei. Erster Stadtrat Plogmann erklärt, dass diese Möglichkeit theoretisch bestehe.

Ratsmitglied Dälken erklärt, es sei erschreckend, wenn die Neuverschuldung für 2017 tatsächlich 7,5 Mio. € betrage und auch in den Folgejahren weitere hohe Kreditaufnahmen erforderlich seien. Schulden können sehr schnell aufgebaut werden aber der Abbau der

Schulden werde an die nächste Generation weitergegeben. Dies müsse bei den anstehenden Haushaltsberatungen berücksichtigt werden.
Ratsmitglied Dierker ergänzt, man müsse hier selbst Grenzen setzen und verhindern, dass nachfolgenden Generationen hohe Schulden hinterlassen werden.

11. Absehbare Veränderungen zum Stellenplan für das Jahr 2017
Vorlage: MV/050/2016

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Mitteilungsvorlage wird verwiesen.

Erster Stadtrat Plogmann erläutert, in der Vorlage seien die von den Fachbereichen gemeldeten Veränderungserfordernisse zum Stellenplan einschließlich der finanziellen Auswirkungen aufgelistet. Hierüber sei nun in den politischen Gremien zu beraten.

Ratsmitglied Dälken trägt vor, die Umsetzung der zusätzlichen Stellenbedarfe verursache Mehrkosten in Höhe von rd. 420.000 € pro Jahr und müsse daher genau geprüft werden. Er fragt an, ob die im vergangenen Jahr für die Flüchtlingsarbeit neu eingerichteten Stellen (1,5 Stellen Flüchtlingssozialarbeit und 1 Hausmeisterstelle) besetzt wurden und ob diese Stellen auch zukünftig noch erforderlich seien oder aufgrund des Rückgangs der Flüchtlingszahlen zurückgenommen werden können.

Erster Stadtrat Plogmann erklärt hierzu, die Stellenbesetzung sei mit internen Lösungen bzw. mit befristeten Verträgen erfolgt. Bürgermeister Pohlmann ergänzt, derzeit seien rd. 130 Flüchtlinge zu betreuen. Bezüglich des Erfordernisses der weiteren Besetzung der Stellen für die Flüchtlingssozialarbeit sei zu klären, was hier qualitativ gewollt sei.

Auf Anfrage von Ratsmitglied Springmeier, wie sich die Situation am Stellenmarkt derzeit darstelle, berichtet Erster Stadtrat Plogmann, der Markt sei insbesondere bei den Verwaltungsfachangestellten „leergefegt“, da in letzter Zeit seitens der Ämter für Migration und Flüchtlinge eine hohe Nachfrage bestanden habe.

Zur Anfrage von Ratsmitglied Beermann bezüglich weiterer zu erwartender Änderungen erklärt Erster Stadtrat Plogmann, dass aus der neuen Entgeltordnung weitere Veränderungen resultieren werden, die aber aufgrund fehlender Informationen noch nicht absehbar und daher in den derzeitigen Planungen noch nicht berücksichtigt seien.

Ratsmitglied Beermann fragt weiterhin an, ob es Überlegungen gebe, sich in die 2018 in Bad Iburg stattfindende Landesgartenschau einzubringen.

Bürgermeister Pohlmann teilt mit, dass dies in einer der nächsten Sitzungen des Verwaltungsausschusses thematisiert werden solle.

Ratsmitglied Trimpe-Rüschemeyer bittet darum, dass die Verwaltung eine Auflistung der zurzeit nicht besetzten Stellen zur Verfügung stellt.

12. Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine zu beantwortenden Anfragen vor.

13. Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Herr Poggemann, Vertreter des Behindertenbeirats, bittet unter Bezugnahme auf die unter TOP 9 (Umbau Erdgeschoss Rathaus) dargestellten Höhenunterschiede im Erdgeschoss des Rathauses darum, hier von vornherein Rampen o.ä. vorzusehen und die dortigen Toiletten barrierefrei zu errichten.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Hebbelmann
Vorsitz

Plogmann
Erster Stadtrat

Baller
Protokollführung